

Unverkäufliche Leseprobe



Edgar Wolfrum
Die 101 wichtigsten Fragen:
Bundesrepublik Deutschland

152 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-58515-9



Eine erfolgreiche Demokratie – Innenpolitische Entwicklungen

1. Gab es die «Stunde Null»? Für die meisten Deutschen war das Kriegsende eine ganz und gar niederschmetternde Erfahrung. Der vom Zaun gebrochene totale Krieg war verloren, die Wehrmacht musste bedingungslos kapitulieren. Bis zum Schluss hatte man die nationalsozialistischen Durchhalteparolen befolgt, hatte sogar schlecht ausgerüstete Kinder und Alte gegen die Alliierten ins Feld geschickt und jeden Meter bis zum bitteren Ende verbissen verteidigt, anstatt dem sinnlosen Sterben Einhalt zu gebieten und sich gegen das Amok laufende NS-Regime zu wenden. So total der Krieg, so total die Niederlage. Die Deutschen fühlten sich besiegt, aber keineswegs befreit und wussten nicht, was die Zukunft bringen würde. Ungewissheit und Angst beherrschten die meisten: Wie würden die Sieger mit den Deutschen umgehen? Die Sorgen waren berechtigt und entsprangen dem schlechten Gewissen, denn die meisten wussten genau, was in den vergangenen zwölf Jahren geschehen war: Angriffs- und Vernichtungskriege, der Holocaust – Verbrechen, die die Welt bis dahin nicht gekannt hatte. Natürlich war man dankbar, mit dem Leben davongekommen zu sein, die verheerenden Bombennächte oder Flucht und Vertreibung anders als Hunderttausende, ja Millionen, die getötet wurden, überstanden zu haben. Es wäre jedoch zu viel verlangt, am 8. Mai 1945 bei den Deutschen ein Verständnis dafür zu erwarten, dass Besiegtheit und Befreiung unauflösbar miteinander verbunden waren und dass die Niederlage den Keim für eine bessere Zukunft in sich barg; dieses Bewusstsein stellte sich erst sehr viel später ein. Auch auf Seiten der Alliierten war klar: Es wurde ein Feindstaat besiegt, nicht ein Volk befreit.

«Finis Germaniae», Deutschlands Ende. Über eine «Stunde Null» brauchte niemand nachzudenken. Für dieses Trümmerland und für dieses niedergerungene Volk würde es keine gedeihlichen Stunden mehr geben. Wie alle Europäer, so litten auch die Deutschen nach dem 8. Mai 1945 Hunger. Der Unterschied war: Bislang hatte man auf Kosten der ausgebeuteten Länder gut gelebt, erst als die Waffen schwiegen, fingen die Hungerjahre an. So begann die «schlechte Zeit» in den Augen vieler Deutscher erst mit den Besatzungsjahren. Und die gute Zeit brach für die Mehrheit der Zeitgenossen mit der Wäh-

rungsreform von 1948 an. Sie war auch ein Symbol dafür, dass die Westalliierten die Westdeutschen im heraufziehenden Kalten Krieg brauchten und sie auf einmal hochpäpkelten. Nun verlief alles wie am Schnürchen. Die rasante Geschwindigkeit des wirtschaftlichen «Wiederaufstiegs» verblüffte viele, ebenso die Stabilität, mit der sich die Bundesrepublik bereits in den 1950er Jahren präsentierte. Dieses Stauen führte in der Publizistik zu einer «Nullpunkt-Metaphorik». Sie ging so: Mai 1945, überall «tabula rasa». Westdeutschland erhob sich dann wie ein Phönix aus der Asche; die Bundesrepublik sei ein «Staat aus dem Nichts»; der katastrophenreichen Geschichte des Deutschen Reiches habe 1945 die Stunde geschlagen; diese Vergangenheit sei versiegelt worden und eine «Stunde Null» habe zu einem radikalen Bruch und Neuanfang geführt. Ein gutes Stück Volkspädagogik schlug hier durch, denn man erklärte und verklärte alles zur puren Neuheit und wollte diejenigen Lügen strafen, die – wie die renommierten Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon – schon in den Besatzungsjahren vor verhängnisvoller Restauration gewarnt hatten.

Doch ebenso wenig wie eine Restauration hat es eine «Stunde Null» gegeben. Die deutsche Wirtschaft war nicht in dem Ausmaß zerstört, wie es auf den ersten Blick aussah. In der Politik fanden sich nun viele wieder, die bereits in der Weimarer Republik aktiv gewesen waren. Territorial bedeutete die Bundesrepublik zwar eine Neugründung, denn einen Staat dieses Zuschnitts hatte es bisher in Deutschland nicht gegeben. Doch die Deutschen waren noch die gleichen. Wie sollten aus den ehemaligen Volksgenossen der NS-Diktatur halbwegs demokratische Bürger werden? Das war die drängendste Frage.

2. Wohin flogen die Rosinenbomber? Nur wenige dutzende Meter über den Häusern und Ruinen Berlins flogen im Minutentakt die schwerfälligen viermotorigen amerikanischen und britischen Flugzeuge vom Typ Douglas C-54 Skymaster ein. Die Einflugschneise um den Flughafen Tempelhof säumten unzählige winkende Kinder und hoffnungsfrohe Erwachsene. US-Leutnant Halversen hatte die grandiose Idee, beim Landeanflug Taschentuchfallschirme mit Süßigkeiten abzuwerfen – Kaugummis als Gruß aus der freien Welt. Welch eine Verheißung! Vor nicht einmal vier Jahren hatten dieselben alliierten Flugzeuge aus ihren Schächten Tonnen von Bomben auf die Reichshauptstadt geworfen, hatten den Tod gebracht – und nun sicherten sie das Überleben der West-Berliner. Was war geschehen?

Die Berlin-Krise des Jahres 1948 war der sichtbarste Auftakt zum Kalten Krieg zwischen den Supermächten und zeigte, wo seine Nahtstelle verlief: mitten durch Deutschland, mitten durch die ehemalige Reichshauptstadt Berlin. Am 18. Juni hatten die Westalliierten unter sowjetischem Protest die Währungsreform gestartet, und nachdem Gespräche über eine gemeinsame Währung in Gesamt-Berlin gescheitert waren – man wollte sie «Bären-Mark» nennen – wurde die D-Mark auch in West-Berlin eingeführt. Stalin tobte und ließ sofort alle Land- und Wasserwege nach Berlin, das wie ein Fremdkörper in der sowjetischen Besatzungszone lag, sperren. Das erste, aber nicht das letzte Mal spitzte sich die Konfrontation der Weltmächte in Berlin zu. War Krieg in Sicht? Moskau glaubte, mit der Blockade den Westen in die Knie zwingen zu können – doch am Schluss stand dieser mächtiger da als zuvor.

Der spätere Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter, war ein Volkstribun. Im Sommer 1948 hielt er vor fast einer halben Million Berlinern, die sich um den zerstörten Reichstag versammelt hatten, eine der bekanntesten Reden der Weltgeschichte: «Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!» Dies war eine mutige Botschaft, so wenige Jahre, nachdem das deutsche Volk Schrecken und Verderbnis über die Welt gebracht hatte. Aber West-Berlin war nun einmal der Vorposten der Freiheit gegen den Kommunismus, symbolisierte den moralischen Triumph des Westens, war Leuchstern der Demokratie. Deshalb versorgten die Westalliierten die abgeschnittene Teilstadt ein ganzes Jahr lang mit mehr als 277 000 Flügen aus der Luft. Alles, was die Menschen benötigten, kam per Flugzeug in die Stadt, nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch ein gesamtes Heizkraftwerk; durchschnittlich waren es 4500 Tonnen täglich. Geflogen wurde diese «Luftbrücke» in schmalen Luftkorridoren auf fünf Ebenen mit einem Höhenabstand von nur 150 Metern und auf jeder Ebene mit einem Zeittakt von 15 Minuten. Es war eine menschliche und technische Meisterleistung. Unfälle blieben nicht aus, siebzig amerikanische und britische Piloten bezahlten die Brücke mit ihrem Leben. Berlin wurde zum Ort der westlichen Selbstbehauptung. Der Durchhaltewillen der West-Berliner beeindruckte die Welt aufs Tiefste, vor allem die Amerikaner. So verdeutlichten die «Rosinenbomber», dass aus einstigen Feinden nun

Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus geworden waren. Die emotionalen Bilder der einschwebenden und freudig begrüßten Flugzeuge begründeten die deutsch-amerikanische Freundschaft.

3. Wer waren die «Väter» und gab es auch «Mütter» des Grundgesetzes? Im Anschluss an die Londoner Sechsmächtekonferenz vom Frühjahr 1948 übergaben die drei westlichen Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der deutschen Länder die «Frankfurter Dokumente»: Darin wurden die Westdeutschen aufgefordert, einen Staat zu gründen, und deshalb sind diese Dokumente die «Geburtsurkunde» der Bundesrepublik Deutschland. Aus einem Teil Deutschlands einen Staat gründen? Eine Nationalversammlung einberufen? Verbaute dies nicht die Chance für eine Wiedervereinigung des zerrissenen Landes? Bei den Deutschen herrschten die größten Bedenken, deshalb gaben sie der Verfassungsgebenden Versammlung den Namen «Parlamentarischer Rat», und die Abgeordneten, die aus den 1946/47 gewählten Landtagen entsprechend der dortigen Mandatsverteilung von den jeweiligen Ministerpräsidenten benannt wurden, sollten bloß ein Organisationsstatut, ein «Grundgesetz» erarbeiten. Sowohl die seltsame Namensgebung als auch das ungewöhnliche Verfahren wies auf den vorläufigen Charakter hin – kaum jemand glaubte, dass die Teilung Deutschlands lange und schon gar nicht, dass sie mehr als vierzig Jahre dauern sollte. Man war sich einig, lediglich ein «Provisorium» aus der Taufe zu heben, doch der Prozess erhielt dann seine eigene Dynamik und am Ende stand nicht nur ein Rahmen für die freieste Demokratie, die jemals in Deutschland existierte, sondern tatsächlich eine veritable Verfassung.

Dort, wo normalerweise ausgestopfte Tiere den Raum bevölkerten, im Lichthof des «Zoologischen Forschungsinstituts und Museums Alexander König» in der ziemlich verschlafenen, kleinen Stadt Bonn, wurde am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat eröffnet. Er umfasste 65 Mitglieder – 27 SPD, 19 CDU, acht CSU, fünf FDP, jeweils zwei DP, KPD und Zentrum – und lediglich vier davon waren Frauen: Frederike Nadig (SPD), Elisabeth Selbert (SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum). Zum Präsidenten wurde Konrad Adenauer (CDU) gewählt, was ihm nach außen – noch war er jenseits des Rheinlands ziemlich unbekannt – Ansehen einbrachte, auch wenn er sich nicht besonders stark in die Beratungen einmischte. Die Hauptarbeit leisteten mehrere Fachausschüsse, und

dort taten sich vor allem Carlo Schmid (SPD) – er war sicherlich die überragende Figur des Rates – und Theodor Heuss (FDP) hervor. Auch wenn es unter den Deutschen und zwischen Deutschen und den Militärgouverneuren der westlichen Besatzungsmächte das ein oder andere Mal hoch herging – richtig großen Streit gab es nicht. Am 8. Mai 1949, auf den Tag genau vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, wurde das Grundgesetz verabschiedet und trat am 23. Mai in Kraft. An der Durchsetzung des Gleichberechtigungsartikels (Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2) war die Notarin und Anwältin Elisabeth Selbert in besonderem Maße beteiligt. Doch die Frauen hatten einen schweren Stand, denn Gleichberechtigung als Norm und Gleichberechtigung als Wirklichkeit klappten weit auseinander. In der Weimarer Verfassung von 1919 waren den Frauen lediglich «dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten» (Artikel 109) zuerkannt worden, ohne die schwierigeren Startbedingungen für Frauen anzuerkennen; das nationalsozialistische «Dritte Reich» hatte dann eine Politik mit dem Grundsatz betrieben, Frauen aus dem beruflichen und öffentlichen Leben zurückzudrängen. Auch nach 1945 dauerte es noch ganze 45 Jahre, ehe der Artikel 3, Absatz 2 den wichtigen Zusatz erhielt: «Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin».

4. Welches waren die größten Kanzler? Im Vergleich mit anderen Staaten der Welt hat die Bundesrepublik bisher wenige Regierungschefs gehabt, von 1949 bis 2009 nämlich nur acht, in Italien waren es 26, in Japan 27 und selbst die USA haben in diesem Zeitraum 13 Präsidenten kommen und gehen sehen. Fünf CDU-Kanzlern stehen drei SPD-Kanzler gegenüber: Konrad Adenauers (CDU) Amtszeit reichte von 1949–63, Ludwig Erhard (CDU) regierte 1963–66, Kurt Georg Kiesinger (CDU) 1966–69, Willy Brandt (SPD) 1969–74, Helmut Schmidt (SPD) 1974–82, Helmut Kohl (CDU) 1982–98 – und damit länger als je ein deutscher Kanzler seit 1871 –, Gerhard Schröder (SPD) 1998–2005, und seither amtiert Angela Merkel (CDU). Den Deutschen war insgesamt Glück beschieden mit ihren Kanzlern – dies bereits ist viel Wert.

In der Rubrik «Die größten Deutschen» rangiert Gründungskanzler Konrad Adenauer fast immer weit vorne. Auch die meisten Historiker halten ihn für den größten Kanzler und stellen ihm, mit einigem

Abstand, Willy Brandt zur Seite. Dies ist nicht nur eine Art ausgleichende Gerechtigkeit zwischen den beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD, die bisher immer den Kanzler bzw. die Kanzlerin stellten, sondern es sprechen gute Gründe für diese Wahl. Adenauer, der «Fuchs», war mit allen politischen Wassern gewaschen, was der politische Gegner das eine um das andere Mal erfahren musste. Zimperlich war er gewiss nicht. Aber er gab den Deutschen wieder Vertrauen und er beruhigte sie nach der aufwühlenden Ideologisierung des Dritten Reiches. Der bei Amtsantritt 73-jährige Patriarch redete mit einfachen Worten und teilte die Welt in schlichter, aber effektiver Weise in Gut und Böse ein. Die klaren Fronten im Kalten Krieg kamen ihm dabei entgegen; so stabilisierte er die Bundesrepublik nach innen und verankerte sie außenpolitisch im Westen.

Brandt war bei seinem Amtsantritt zwanzig Jahre jünger als Adenauer, er verkörperte geradezu die Republik im Wandel und Aufbruch und versprach besonders der jüngeren, unruhigen Generation, was diese wollte: Reformen nach innen – auch Veränderungen, Utopien, Visionen – und Friedenspolitik nach außen, diese in Gestalt der Neuen Ostpolitik. Stärker als je davor oder danach kam mit Brandt die Moral ins Feld der Politik. Mit Adenauer und Brandt lassen sich die beiden zusammengehörenden Seiten der «alten» Bundesrepublik gut modellieren, dies verleiht diesem Kanzlerpaar seinen Charme: Erst mit Westintegration und Ostpolitik zusammen verfügte die Republik über ihre außenpolitische Staatsräson, erst mit Bewahrung und Erneuerung, mit Stabilisierung und Veränderung entstand kluge Politik im Inneren.

Durch Vernunft und Verantwortung sticht Helmut Schmidt heraus; ihm kam die Aufgabe zu, die Bundesrepublik in ihren schwersten Zeiten zu regieren. Er lotste die Republik meisterhaft durch die fast lebensgefährlichen Strudel der Weltwirtschaftskrisen in den 1970er Jahren und behielt einen kühlen Kopf bei der größten Herausforderung, der sich die bundesdeutsche Demokratie zu erwehren hatte – dem mörderischen Terrorismus der RAF. Wenn man fragt, wer mit den schwierigsten Pflichten konfrontiert war und danach die historische «Größe» der Kanzler bestimmt, wird man Schmidt weit nach vorne rücken müssen.

Kein Kanzler ist am Anfang so unterschätzt worden wie Helmut Kohl, der Patriot und Europäer. Wie kein anderer hielt er die Zügel der Macht durch ein geschickt geknüpftes Netzwerk politischer

Freunde – die «Kohlianer» – in den Händen und überstand jede Fronde gegen ihn, bevor seine großen Verdienste um die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 sämtliche Kritiker fürs Erste verstummen ließen. Wäre Kohl allein der «Kanzler der Einheit» und hätte es die innenpolitischen Fehler und die große CDU-Spendenaffäre nicht gegeben, würde sein Stern heller leuchten als die Sterne der anderen Kanzler. Gerhard Schröder, Kanzler in der ersten rot-grünen Koalition, überraschte immer wieder durch geschickte Schachzüge; ihn verbanden mit seinem Vorgänger der Machtinstinkt sowie die Lust am Regieren. Umso erstaunlicher das Ende: Schröder avancierte zum unerschütterlichen Reformstaatsmann, der mit der «Agenda 2010» den notwendigen Sozialstaatsumbau einleitete und für dieses höhere Wohl seine eigene Macht opferte. Angela Merkel scheint dagegen eine gelehrige Schülerin Helmut Kohls zu sein: Die «Mrs. Cool», wie sie eine britische Zeitung nannte, moderiert und taktiert und trifft am Ende meist Entscheidungen, die alle mittragen und sie selbst in besonders strahlendes Licht stellen.

In der Liste der Kanzler fehlen noch zwei: Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. Erhards Kanzlerschaft war die schwächste; so brillant er als Wirtschaftsminister agiert hatte – und von diesem Ruhm zehrte er –, so glanzlos wirkte er als Kanzler. Die Macht stimulierte ihn nicht, sie ödete ihn an. Dies sind sehr schlechte Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik, und was alles noch schlimmer machte: Adenauer, der Erhard gering schätzte, ja verachtete, warf ihm als «elder statesman» immer wieder Knüppel zwischen die Beine. Geprägt von urbaner Bürgerlichkeit, schaffte es der leutselige und gebildete Kurt Georg Kiesinger – «Häuptling Silberzunge» nannten ihn Spötter – während der ersten Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD zu vermitteln, er war ein guter Kanzler, aber es gereichte ihm zum Nachteil, in einer Übergangszeit zu regieren. Übrigens: Genaugenommen hatte auch die FDP einen Kanzler, wenngleich nur für neun Tage. Nach dem Rücktritt Willy Brandts war Walter Scheel, der Außenminister und Vizekanzler der sozialliberalen Koalition, vom 7. bis 16. Mai kommissarisch im Amt.

5. Wurde Bayern schon immer von der CSU regiert? Auf diese Frage würde man in- und außerhalb Bayerns wahrscheinlich von den meisten Menschen die Antwort erhalten: Ja, natürlich. Aber das stimmt nicht. Nun gut – jedenfalls nicht ganz. Zwischen 1954 und

1957 stellte die SPD den bayerischen Ministerpräsidenten. Wilhelm Hoegner regierte in einer Viererkoalition von SPD, BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), FDP und Bayernpartei. Letztere machte der CSU anfangs arg zu schaffen.

Die nach 1945 neu gegründete überkonfessionelle Sammlungspartei CSU prägte bis in die 1950er Jahre hinein eine harte Rivalität zwischen mehreren Flügeln, wobei sich besonders der altbayerisch-katholisch und extrem föderalistisch ausgerichtete, zudem monarchistischen Ideen aufgeschlossene Teil der Partei um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer mit einem in allen diesen Bereichen gemäßigeren Teil um den ersten Landesvorsitzenden Josef Müller – im Volksmund «Ochsensepp» genannt – regelrecht bekämpfte. Der altbayerische Flügel, noch verhaftet in der alten Bayerischen Volkspartei aus der Weimarer Republik, plädierte für eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit mit der neu entstandenen Bayernpartei. Diese wiederum hielt die Eigenstaatlichkeit Bayerns sogar «im Naturrecht und damit in der christlichen Sozialethik verankert» und brachte die scheinbare Alternative auf die Formel «Freies Bayern oder preußische Provinz». In seinen Erinnerungen schrieb Franz Josef Strauß, der «strategische Gegner» der CSU, mit dem sie sich in einem «Kampf auf Leben und Tod» um die Wählergunst befand, sei die Bayernpartei gewesen. Erst als diese im Verlauf der 1950er Jahre niedergerungen werden konnte – hohe Funktionäre der BP wurden in der «Spielbankaffäre» wegen Meineids zu Zuchthausstrafen verurteilt –, war die Bahn frei für den Aufstieg der CSU zur bayerischen Staats- und Hegemonialpartei. Unter Alfons Goppel – er regierte von 1962 bis 1978 – erreichte die CSU bei den Landtagswahlen 1974 sage und schreibe 62,1 Prozent der Wählerstimmen, auch sein Nachfolger Franz Josef Strauß fuhr Traumergebnisse ein. Bei der Landtagswahl 2003 gelang es der CSU mit Edmund Stoiber als bisher einziger bundesdeutscher Partei mit 60,7 Prozent der Stimmen, eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mandate zu erringen. Umso tiefer war der Sturz im September 2008, als die CSU auf knapp über 43 Prozent absackte und zum Weiterregieren einen Koalitionspartner benötigte.